

Sitzung vom 09.09.2026

Frage Nr. 452 von Herrn SIMAR (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zum Hitzeschutz in Pflegeeinrichtungen

Es gilt das gesprochene Wort!

Frage:

Nach Berechnungen des Bauverbands Embuild müssten 95 Prozent der Einrichtungen bis 2050 renoviert werden, damit sie unter anderem besser gegen zunehmende Hitzewellen gewappnet sind. Gleichzeitig werden wegen der alternden Bevölkerung Hunderte zusätzliche Pflegeeinrichtungen benötigt. Hohe Temperaturen werden gerade für ältere und gesundheitlich angeschlagene Menschen schnell zur Belastung.¹

Die Arbeiten seien auch notwendig, um bis 2050 die europäischen Klimaziele zu erfüllen. Dabei geht es nicht allein um die Modernisierung bestehender Einrichtungen. In den kommenden Jahrzehnten wird Belgien deutlich mehr Kapazitäten in der Pflege und medizinischen Versorgung benötigen.

Bis 2050 soll die Zahl der 65- bis 85-Jährigen hierzulande um 32 % steigen. Die Gruppe der über 85-Jährigen dürfte sich sogar verdoppeln. Gleichzeitig wird für die Gesamtbevölkerung ein Wachstum von sieben Prozent erwartet. Derzeit gibt es in Belgien 1.523 Seniorenheime. Davon befinden sich 573 in der Wallonie, 140 in Brüssel und 820 in Flandern. Insgesamt leben dort rund 120.000 Menschen über 65 Jahre.

Bis 2050 müssten nach den Berechnungen von Embuild weitere 38.000 Senioren aufgenommen werden können. Dafür wären dem Bauverband zufolge 486 zusätzliche Seniorenheime notwendig. Auch bei den Krankenhäusern sieht Embuild zusätzlichen Bedarf. Belgien zählt derzeit 103 Krankenhäuser. Bis 2050 müssten sieben weitere hinzukommen – sechs in Flandern und eines in der Wallonie.²

Es stellen sich mir folgende Fragen:

1. Wie bewertet die Regierung die von Embuild prognostizierte Entwicklung des Pflegebedarfs vor dem Hintergrund, dass sich die Zahl der 85-Jährigen in Belgien bis 2050 voraussichtlich verdoppeln wird?
2. Welche konkreten Maßnahmen sind bei bestehenden Pflegeeinrichtungen vorgesehen, um Bewohner und Personal besser vor hohen Temperaturen und zunehmenden Hitzewellen zu schützen?

¹ <https://embuild.be/fr/95-des-maisons-de-repos-et-des-h%C3%B4pitaux-doivent-%C3%AAtre-r%C3%A9nov%C3%A9s-pour-faire-face-aux-vagues-de-chaueur>.

² <https://www.grenzecho.net/144640/artikel/2026-08-10/embuild-warnt-fast-alle-seniorenheime-und-krankenhauser-mussen-saniert-werden>.

Antwort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Bevölkerungsprognosen von Ostbelgien Statistik weisen eine ähnliche Prognose auf wie die Berechnungen von Embuild, auch wenn die prognostizierte Entwicklung für Ostbelgien unter den erwarteten Zahlen von der von Embuild herangezogenen Studie für Belgien liegt. Den vorliegenden Prognosen zufolge wird die Zahl der Menschen im Alter von 85 Jahren und älter in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bis 2050 um rund 84 % ansteigen. Demgegenüber wird die Gesamtzahl der Personen über 65 Jahre im gleichen Zeitraum um etwa 17 % zunehmen.

Dennoch verdeutlichen auch die Zahlen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, dass die Alterung der Bevölkerung eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung der kommenden Jahrzehnte darstellt und besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Dabei beschränkt sich die demographische Entwicklung nicht allein auf die steigende Anzahl älterer Menschen. Parallel dazu wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zurückgehen. Diese Entwicklung wirkt sich auf zahlreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche aus und verschärft insbesondere den bereits heute existierenden Fachkräftemangel. Dies gilt in besonderem Maße für den Gesundheits- und Pflegesektor, der in den kommenden Jahren zunehmend auf qualifiziertes Personal angewiesen sein wird.

Zu berücksichtigen ist darüber hinaus die Feststellung der Antares-Studie, wonach rund 15% der Personen über dem Pensionsalter auf Hilfe- und Unterstützungsleistungen angewiesen sind. Umgekehrt bedeutet dies, dass der überwiegende Teil der Seniorinnen und Senioren ohne regelmäßige Unterstützungsangebote professioneller Dienstleister lebt und seinen Alltag weitgehend selbstständig gestaltet.

Diese Erkenntnisse machen deutlich, dass die Antwort auf den steigenden Pflege- und Unterstützungsbedarf nicht ausschließlich im Ausbau traditioneller Wohn- und Pflegestrukturen, wie beispielsweise der Wohn- und Pflegezentren, liegen kann. Zwar werden diese Einrichtungen auch künftig eine wichtige Rolle spielen, jedoch stoßen sie bereits heute aufgrund des Fachkräftemangels an ihre Grenzen.

Selbst Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe werden langfristig nicht ausreichen, wenn aufgrund der demographischen Entwicklung weniger junge Menschen in den Arbeitsmarkt eintreten. Deshalb ist es notwendig, ergänzend neue Wege zu beschreiten und die Unterstützungsangebote breiter aufzustellen.

Von besonderer Bedeutung sind dabei alternative Wohn- und Lebensformen, die es älteren Menschen ermöglichen, möglichst lange selbstbestimmt zu leben. Ziel muss es sein, Seniorinnen und Senioren bereits zu einem Zeitpunkt anzusprechen, zu dem noch kein oder nur ein geringer Unterstützungsbedarf besteht. Dadurch können Selbstständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe möglichst lange erhalten bleiben.

Ein wichtiger Baustein in diesem Zusammenhang ist die Weiterentwicklung und Ausweitung der Angebote der Seniorendorfhäuser. Darüber hinaus können alternative Wohnprojekte, die von Seniorinnen und Senioren selbst oder gemeinsam mit anderen Akteuren initiiert werden, einen wichtigen Beitrag leisten. Solche Projekte fördern nicht nur selbstständiges Wohnen, sondern stärken zugleich soziale Kontakte und gegenseitige Unterstützung.

Ebenso wichtig wird es sein, die Nachbarschaftshilfe weiter auszubauen und die vorhandenen Ressourcen im unmittelbaren Lebensumfeld älterer Menschen besser zu nutzen. Hierzu zählen insbesondere Vereine, lokale Initiativen sowie weitere Akteure des gesellschaftlichen Lebens, die einen wertvollen Beitrag zur sozialen Einbindung älterer Menschen leisten können.

Vor diesem Hintergrund wird die Deutschsprachige Gemeinschaft ab 2027 kommunale Seniorenbeauftragte in den Gemeinden einsetzen. Diese werden zunächst einen Überblick über die bestehenden Angebote und Unterstützungsstrukturen erstellen. Auf dieser Grundlage sollen Lücken identifiziert und die relevanten Akteure miteinander vernetzt werden.

Darüber hinaus werden die Seniorenbeauftragten aufsuchende Arbeit leisten, um insbesondere jene Seniorinnen und Senioren zu erreichen, die von bestehenden Angeboten bislang nicht angesprochen werden oder diese nicht in Anspruch nehmen.

Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Tätigkeit wird die Sensibilisierung für gesundes Altern sein. Hierzu gehören Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention, die dazu beitragen können, die Selbstständigkeit und Lebensqualität älterer Menschen möglichst lange zu erhalten.

Zahlreiche Studien zeigen, dass Menschen, die sich regelmäßig bewegen, auf eine ausgewogene Ernährung achten, Vorsorgeangebote wahrnehmen und soziale Kontakte pflegen, im Durchschnitt gesünder altern. Auch ehrenamtliches Engagement wirkt sich positiv aus: Wer sich für andere einsetzt, leistet nicht nur einen wertvollen Beitrag für die Gemeinschaft, sondern stärkt zugleich das eigene Wohlbefinden und die eigene Gesundheit.

Diese Aspekte verdeutlichen, dass neben den strukturellen und politischen Maßnahmen auch jede einzelne Person Möglichkeiten hat, aktiv zu einem gesunden und selbstbestimmten Altern beizutragen. Die Bewältigung der demographischen Entwicklung

wird daher sowohl öffentliche Maßnahmen als auch die Stärkung individueller Ressourcen und gesellschaftlicher Solidarität erfordern.

Was die Auswirkungen hoher Temperaturen und zunehmender Hitzewellen betrifft, so stellen diese für den Seniorenbereich eine wachsende Herausforderung dar. Besonders ältere Menschen sowie Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Kleinkinder zählen zu den Bevölkerungsgruppen, die von extremer Hitze in besonderem Maße betroffen sind. Vor diesem Hintergrund sind sowohl präventive als auch organisatorische Maßnahmen erforderlich, um die Sicherheit und das Wohlbefinden der betroffenen Personen zu gewährleisten.

Zu den ergriffenen Maßnahmen in den Wohn- und Pflegezentren gehören der Einsatz von fest installierten Klimaanlage, mobilen Klimageräten und Ventilatoren und die Umsetzung von Hitze-Aktionsplänen, welche z.B. zusätzliche Getränke, die Zuführung von Elektrolyten, die Verteilung von Obst und Eis sowie der Hitze angepasste Ernährung und Aktivitäten umfassen.

Ergänzend zu diesen Maßnahmen möchte die Regierung infrastrukturelle Maßnahmen bezuschussen, wie beispielsweise Maßnahmen zur Verbesserung des sommerlichen Wärmeschutzes von Gebäuden oder zur Schaffung zusätzlicher gekühlter Bereiche. Insbesondere die Schaffung von klimatisierten Bereichen soll künftig noch verstärkt werden. Die Statistiken zur Übersterblichkeit zeigen, dass nicht nur Menschen in den WPZS oder betreuten Strukturen betroffen waren, sondern auch ältere Menschen, die zu Hause lebten. Darüber hinaus zeigen die Auswertungen von Sciensano, dass die Übersterblichkeit auch bei den unter 65-Jährigen verhältnismäßig hoch war, sodass Maßnahmen wie die Schaffung von klimatisierten Räumen nicht nur in den WPZS, sondern auch auf Ebene der Gemeinden im öffentlichen Raum empfehlenswert sind. Selbstverständlich ist vorgesehen, dass bei neuen Infrastrukturprojekten der Hitzeschutz berücksichtigt wird.

Neben der Schaffung von klimatisierten Orten, an denen Menschen sich abkühlen können, sollen bestehende oder noch zu entwickelnde Hitze-Aktionspläne strukturell vorgesehen werden, damit im Bedarfsfall rasch gehandelt werden kann. Ziel ist es, den unterschiedlichen Angeboten und Einrichtungen eine gemeinsame Orientierung zu geben und gleichzeitig ausreichend Spielraum für die spezifischen Gegebenheiten vor Ort zu gewähren.

Grundsätzlich zeigt sich, dass der Schutz gefährdeter Personen vor den Auswirkungen von Hitzewellen eine sektorübergreifende Aufgabe ist. Daher bedarf es einer engen Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren des nichtkommerziellen Sektors, um vorhandene Ressourcen zu bündeln, Informationen auszutauschen und gemeinsame Maßnahmen wirksam umzusetzen. Insgesamt verfolgt die Regierung damit einen Ansatz,

der infrastrukturelle, organisatorische und präventive Maßnahmen miteinander verbindet, um ältere Menschen und andere besonders gefährdete Personengruppen bestmöglich vor den Folgen zunehmender Hitzebelastungen zu schützen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.